



"Industriegerüche in Mainz und Wiesbaden reduzieren - Ministerinnen Höfken und Puttrich legen Gutachten vor

"Industriegerüche in Mainz und Wiesbaden reduzieren" - Ministerinnen Höfken und Puttrich legen Gutachten vor
Die Geruchsbelastung durch die Industrie entlang der Rheinschiene Mainz-Wiesbaden ist zu hoch. Dieses Ergebnis einer der größten jemals in Deutschland durchgeführten Rasterbegehungen zur Ermittlung von Geruchsbelastungen teilen die Umweltministerinnen Ulrike Höfken (Rheinland-Pfalz) und Lucia Puttrich (Hessen) mit: "In großen Teilen des Untersuchungsgebietes kommt es zu Überschreitungen der zulässigen Immissionswerte." Auf Basis der vorliegenden Ergebnisse müsse jetzt geklärt werden, welche technischen Maßnahmen zur Reduktion der Geruchsemissionen bei den ca. 15 betroffenen Firmen möglich seien. Derzeit führten die Umweltbehörden dazu Gespräche mit den Unternehmen. Hintergrund der von den beiden Umweltministerien finanzierten Untersuchung waren immer wieder eingehende Geruchsbeschwerden der Bevölkerung, insbesondere aus den am Rhein gelegenen Wiesbadener Stadtteilen. Deshalb wurde der Firma Odournet GmbH aus Kiel der Auftrag erteilt, die Geruchsbelastung im südlichen Stadtbereich von Wiesbaden und nördlichen Stadtbereich von Mainz durch Rasterbegehungen zu ermitteln. Sechs Monate lang waren 21 professionelle Geruchsprüferinnen und -prüfer täglich auf beiden Seiten des Rheins unterwegs, um sich an 157 Rasterpunkten ein exaktes Bild von der Geruchsbelastung in den beiden Landeshauptstädten zu machen. "Luftbelastung macht an Landesgrenzen nicht halt. Da ist es gut, wenn sich auch die Umweltbehörden zusammentun, gerade bei einem Projekt dieser Größenordnung", heben die beiden Umweltministerinnen den länderübergreifenden Charakter der Studie hervor. Häufige Überlagerung verschiedener Gerüche
Ziel der Untersuchung war es, die Gesamtbelastung durch Gerüche in dem Gebiet zu bestimmen und die Hauptverursacher sowie die Anteile der einzelnen Verursacher zu ermitteln", erklären Höfken und Puttrich. Die Ministerinnen weisen darauf hin, dass die festgestellten Überschreitungen der zulässigen Immissionswerte häufig auf die Überlagerung verschiedener Gerüche zurückzuführen seien. Dabei würden einzelne Gerüche aufgrund ihrer Geruchscharakteristik dominanter und in großen Teilen des Untersuchungsgebietes wahrgenommen und könnten eindeutig bestimmten Emittenten zugeordnet werden, zum Beispiel der Geruch nach Kaffee oder der Geruch einer Ölmühle. Andere, ebenfalls dominierende Gerüche, etwa nach Chemikalien oder Abwasser könnten dagegen nicht immer auf konkrete Anlagen zurückgeführt werden. Aufgrund dieser Ergebnisse werden die Unternehmen Nestlé und Cargill von der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd als wesentliche Geruchsemittenten auf der rheinland-pfälzischen Seite angesehen. Auf hessischer Seite gilt das Augenmerk des zuständigen Regierungspräsidiums dem sogenannten "Platzgeruch" im Industriepark Kalle-Albert. Der Abschlussbericht kann auf der Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt (www.rp-darmstadt.de) und der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (www.sgdsued.rlp.de) eingesehen werden.
Pressestelle: Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Pressesprecher: Thorsten Neels
Telefon: (0611) 815 10 20, Fax: (0611) 815 19 43
E-Mail: pressestelle@hmuenv.hessen.de

Pressekontakt

Pressestelle: Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

65189 Wiesbaden

pressestelle@hmuenv.hessen.de

Firmenkontakt

Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

65189 Wiesbaden

pressestelle@hmuenv.hessen.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage